Streitgespräch: „Dieser neoliberale Smog in den Köpfen!"

26.03.2010 | 18:43 | KARL GAULHOFER UND NORBERT RIEF (Die Presse)

Ist die Krise schon fast überwunden oder hat sie System? Rauf mit den Steuern oder runter mit den Schulden? Das „Presse"-Ökonomenquartett ist sich herzhaft uneins über die richtigen Lehren aus dem letzten Jahr.

„Die Presse": Vor zwei Jahren hat diese Runde die Wirtschaftskrise nicht vorausgesehen. **Vor einem Jah**r übte sie sich in Pessimismus: Alles wird noch viel schlimmer. Von da an ging es aber leicht bergauf. Wieder eine Fehleinschätzung?

Stephan Schulmeister: Das System macht sich selbst unprognostizierbar. Die Finanzmärkte generieren immer mehr manisch-depressive Schwankungen. Man kann nur sagen, dass die nächste Krise vorprogrammiert ist. Denn an der Spielanlage wurde nichts geändert. Die Eliten haben nichts gelernt.

Gottfried Haber: Die Eliten haben sehr wohl gelernt. Alle hatten panische Angst, dass wir in eine Deflationsfalle geraten wie Japan vor 15 Jahren. Die Zentralbanken haben enorm viel Geld in die Wirtschaft gepumpt. So stark wurde noch nie an den Schrauben gedreht. Man hat versucht, eine Talsohle zu stopfen, mit Material aus der Zukunft. Mit Staatsausgaben auf Pump nimmt man künftige Wirtschaftsleistung vorweg. Man hätte vorsichtiger sein sollen, um sich künftige Probleme zu ersparen.

Ist die Krise vorbei, oder wird es weitere Rückschläge geben?

Martin Hagleitner: Ja. Die Rally an den Aktien- und Rohstoffmärkten war nicht fundamental. Es kann sich wieder eine Blase bilden. Die hässliche Seite der Liberalisierung der Finanzmärkte hat sich noch nicht voll gezeigt. Das Risiko wurde zu den Staaten und Zentralbanken verschoben, die billiges Geld vergeben und mit schlechten Wertpapieren besichern lassen. Das Volumen bei den Derivaten ist weiter zu hoch, die Märkte sind nicht gesund. Als Nächstes könnte es die US-Gewerbeimmobilien treffen oder die Kreditkarten, und das würde wieder andere Länder und solide Banken mitziehen.

Friedrich Mostböck: Die Märkte haben schon wieder nach oben überschossen. Warum? Weil auf den Finanzmärkten Zukunft gehandelt wird, und die reduziert sich auf vorlaufende Indikatoren. Nur das Sentiment hat sich gedreht. Jetzt besinnt man sich aber wieder auf die Fundamentaldaten. Die Märkte werden fragil bleiben, aber Crash sehe ich keinen.

Haber: Die EZB muss die Zinsen erhöhen, um Geld aus dem System zu nehmen, die Staaten müssen bei der Fiskalpolitik Wind aus den Segeln nehmen. Das alles dämpft. Der große Hype wird also ausbleiben, der große Crash aber auch.

Schulmeister: Wenn das stimmt, was Sie sagen, dann ist Schrumpfung vorprogrammiert. Sie glauben, der Staat sei wie ein privater Haushalt: Wer zu viel ausgibt, muss sparen. Dieser neoliberale Smog in den Köpfen! Die Industrievertreter begreifen nicht, dass ein Sparen des Staates Nachfrage abzwackt und ihnen schadet. Schwere Krisen sind immer durch eine Erhöhung der Staatsquote überwunden worden. Pröll will jetzt immerhin Steuern erhöhen, das ist ja schon ein Lernprozess.

Haber: Sie übersehen den Link: Wenn der Staat seine Ausgaben nicht senkt und die Zinsen

steigen, explodiert der Schuldendienst.

Schulmeister: Es gibt einen anderen Weg. Zu sagen: Liebe reiche Leute, ihr müsst temporär höhere Mitgliedsbeiträge in unserem Verein leisten, damit wir in Bildung und Umwelt investieren können.

Haber: Da unterstellen Sie ja, dass der Staat produktiver mit dem Geld wirtschaftet als der Private. Unsere Staatsquote ist jetzt schon auf einem Höchststand. Und Staatsquote erhöhen heißt, Privaten und Unternehmen Geld wegnehmen.

Schulmeister: . . . das sie jetzt ohnehin nicht investieren würden. Manche Probleme kann nur der Staat lösen: Klimawandel, Bildung. Das scheitert an Ökonomen, die glauben, der Staat sei per se schlecht. Brüssel ist der Vatikan dieser Religion. Die Amerikaner sind flexibler und zynische Machiavellisten: Sonntags ist der Markt heilig, aber unter der Woche interveniert der Staat auf Teufel komm raus. Das ist gesunder Pragmatismus. Wir sind unter der Woche religiös, das ist höchst gefährlich.

Haber: Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben in guten Zeiten zugelassen, dass das System nicht richtig kalibriert ist, und eine hohe Staatsquote aufgebaut.

Schulmeister: Gute Zeiten mit Vollbeschäftigung sind 30 Jahre her.

Haber: Es gab auch gute Zeiten vor Beginn der Wirtschaftskrise . . .

Schulmeister: Na ja, für wen?

Haber: . . . und da haben wir nicht einmal ein Nulldefizit geschafft. Der Staat soll sich besser überlegen, was er nicht gut kann, und seine Ausgaben umschichten. Weg von Geldgeschenken, hin zu nachhaltigen Investitionen.

Mostböck: Noch etwas, Herr Schulmeister: Die Amerikaner sind flexibler, aber Europa ist stabiler, das ist auch nicht schlecht. Wo kommt denn die Krise her? Von Häuslbauern und Banken aus den USA, wo Sie die großartigen Meisterökonomen sehen. Dieses System ist auch nicht gerade ein Musterbeispiel.

Schulmeister: Aber noch blöder ist, dass schon das dritte Mal eine Krise von den USA ausgeht und Europa viel mehr darunter leidet. Weil wir, vor allem die Deutschen, Exportweltmeister sein wollen, Geld sammeln wie Dagobert Duck und es im Dollar anlegen müssen.

Haber: Sie glauben immer, es ist so gescheit, was die Amerikaner tun. Das haben sich auch die Europäer gedacht, als sie an der US-Blase partizipieren wollten. Das war unsere Gier und unsere Dummheit.

Die Regierung plant neue Steuern. Ist das der richtige Weg?

Hagleitner: Das ist schädlich für die gute Stimmung, die Zuversicht. Wieso kündigt eine staatstragende Koalition eine isolierte Erhöhung der Mineralölsteuer an, ohne zugleich ein Paket für die Förderung grüner Investitionen zu präsentieren? Bei der Bankensteuer weiß man nicht einmal, was die Bemessungsgrundlage sein soll oder was mit den Instituten mit ausländischen Eigentümern passiert – das ist alles nicht koordiniert.

Schulmeister: Genau. Ich träume von einem „New Deal" für Europa: klare Programme für die Bereiche Klimawandel, Forschung, Bildung. Tragischerweise haben wir aber immense Defizite – elf

Prozent in Großbritannien, in den USA nicht viel weniger. Wir müssen die Programme also so finanzieren, dass das Defizit sogar sinkt. Das geht nur, wenn die Reichen temporär mehr beisteuern. Ein Spitzensteuersatz von 60 Prozent ab 150.000 Euro Einkommen haut niemanden um. Wenn der Staat pleitegeht, schadet das den Reichen – sie halten ja auch die Staatsanleihen.

Haber: Wir können doch nicht über die Umverteilung von Vermögen einen Rückgang der Produktivleistung bekämpfen. Sie machen nur eine Bilanzverkürzung: Private haben dem Staat Geld geborgt, der Staat hat Schulden, er nimmt den Privaten das Geld weg, Forderungen und Schulden entfallen. Damit ist real nichts passiert.

Schulmeister: Das ist Augenauswischerei. Dann erhöhen wir eben die Kapitalertragsteuer, das läuft auf das Gleiche raus. Und damit schafft man Kaufkraft. Beispiel thermische Sanierung: Das ist für den Staat ein renditeträchtiges Geschäft. Was er mit 100 Millionen vorfinanziert, bringt 800 Mio. mehr BIP und damit weit mehr als 100 Mio. Steuern. Und es schafft Beschäftigung. Aber das traut sich niemand sagen, weil Schulden machen tabu ist.

Haber: Sie kritisieren Finanzspekulationen, schlagen aber vor, der Staat soll das Gleiche machen. Der schafft bei ihnen nämlich einen Anreiz, Ausgaben zu tätigen, und verwendet dazu das in der Krise brachliegende Finanzvermögen. Sie hebeln also wieder. Das ist so, wie wenn sie den Menschen einen Ein-Prozent-Kredit zum Häuslbauen geben. Das schafft wieder eine Spekulationsblase.

Hagleitner: Reiche, Stiftungen und Unternehmen sind sicher bereit, einen zusätzlichen Beitrag zu leisten. Aber nur, wenn es wirkliche Reformprogramme gibt. Solange mit der Gießkanne ausgeteilt wird, es eine nicht haltbare Hacklerregelung gibt, das durchschnittliche Pensionsalter weiterhin jenseitig und die Staatsquote derart hoch ist, ist das nicht durchzubringen.

Haber: Viele Fallstudien beweisen, dass Budgets nachhaltig nur über die Ausgaben saniert werden können. Selbst wenn man sagt, der Staat müsse Krisen beheben, braucht man Manövriermasse. Kurzfristig haben wir so große Budgetprobleme, dass wir um temporäre Steuererhöhungen nicht herumkommen. Dann aber bitte sinnvoll, in Richtung Ökologisierung.

Wann soll der Staat aufhören, gegen die Krise zu steuern, und beginnen, seine Schulden abzubauen?

Mostböck: Noch nicht.

Hagleitner: Erst, wenn sich die Erholung verstetigt.

Haber: Es geht vor allem darum, wie wir den Hebel umlegen. Wir müssen eine sanfte Landung vorbereiten, nicht schlagartig nur noch konsolidieren.

Viel wurde über eine bessere Regulierung des Finanzsektors gesprochen. Aber wird genug getan?

Mostböck: Wir haben viel gelernt und getan bei Themen, wo es vor drei, vier Jahren gar nichts gab. Aber ich warne davor, dass wir uns zu Tode regulieren. Mit einem stotternden Motor kann man nicht in die Zukunft fahren.

Hagleitner: Die versprochenen Maßnahmen, das „Zurück zu kaufmännischen Tugenden", die Regulierung – das ist alles halbherzig. Man diskutiert etwa über die Höhe von Boni, einen Nebenschauplatz. Viel wichtiger wäre es, den Boni langfristige Entwicklungen zugrunde zu legen.

Da passiert aber null.

Haber: Schlimmer noch: Man treibt die Manager aus den Boni heraus in hohe Grundgehälter, die überhaupt keine Risikokomponente mehr haben. Wir optimieren nicht das Gesamtsystem, sondern streiten über Scheinthemen.

Zurück zu Schulmeisters düsteren Andeutungen am Beginn: Ist es denkbar, dass unser System der freien Finanzmärkte immer öfter immer größere Krisen produziert?

Haber: Ich glaube nicht, dass das System versagt. Andere Krisen werden uns unvorbereitet treffen, und sie werden größer, weil das Volumen der Wirtschaft wächst und der Kontext globaler wird.

Schulmeister: Aber je tiefer die Krise, desto stärker das Lernen. Da bin ich wieder Optimist.

© DiePresse.com